

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 3 Uhr. Gegenpreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Pf., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Pf., bei Fernbestellung 3 Pf. zuzüglich Abdruck. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Alle Anzeigen werden nach Möglichkeit besprochen und unser Bestreben ist es, jedem Leser die Zeitungen entgegen zu bringen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vierzehnung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wegpreis: die 8 gespaltene Zeile zu 20 Pf., die 6 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige. Die 2 gespaltene Reklameweile im ersten Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Besondere Reklameweile werden nach Möglichkeit besprochen und unser Bestreben ist es, jedem Leser die Zeitungen entgegen zu bringen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vierzehnung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 116. — 86. Jahrgang. — Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Donnerstag, den 19. Mai 1927

Bereinfachung der Steuern.

Als Dr. Köhler Reichsfinanzminister wurde, hatte er als das Hauptziel seiner steuerreformatorischen Tätigkeit die Vereinfachung der Steuererhebung, also des Steuersystems, zu schreiben. Das soll neben der Rücksichtnahme auf den Steuerzahler selbst vor allem die Möglichkeit schaffen, den Finanzbeamten die Arbeit, von der sie beinahe erbrückt werden, zu erleichtern und dadurch schließlich eine Vereinfachung, also auch eine Verbilligung der Behördenorganisation herbeizuführen. Dr. Köhler hat nun eine Reihe entsprechender Gesetzentwürfe vorbereitet und die Finanzminister der Länder nach Berlin berufen, um sich mit ihnen über diese Vereinfachung und vor allem über eine Vereinfachung des Steuerapparats zu besprechen. Er hat dabei vier Entwürfe vorgelegt, nämlich ein Grundsteuergesetz, ein Gewerbesteuerentwurf, ein Gebäudesteuerentwurf und ein Gesetz über die Vereinfachung des Verfahrens in Steuerfällen.

Die große Masse der Steuerzahler wird besonders Interesse für die ersten beiden und den letzten Entwurf haben; namentlich sind es die Realsteuern, die nicht bloß wegen ihrer Höhe besonders drückend empfunden werden, sondern nicht minder auch wegen der Mannigfaltigkeit ihrer Veranlagung und ihrer Erhebung. Der Reichsfinanzminister will zwei Rahmengesetze schaffen, die die Grundlagen für die Grund- und die Gewerbesteuer einheitlich ausgestalten sollen. Also die Veranlagung und die Erhebung, die Zeitabschnitte für die Zahlungen, so daß die Länder oder die Gemeinden dann lediglich die Höhe der Gewerbesteuer und die Zuschläge zu der Grundsteuer festzusetzen haben, die ja nach den örtlichen Bedürfnissen recht verschiedene sind. Da beim Finanzausgleich wegen der erhöhten Überweisung von Steuererträgen des Reiches an die Länder und die Gemeinden verlangt wurde, daß nun auch eine entsprechende Herabsetzung der Realsteuern zu erfolgen habe, so ist der Reformentwurf gekommen, um auch die Erhebung dieser Steuern selbst schon deswegen gründlich zu ändern, weil sie eigentlich in die moderne Steuerwissenschaft überhaupt nicht mehr hineinpaßt und deswegen zu zahlreichen Ungerechtigkeiten führt.

Mit besonderer Genehmigung wird das Gesetz über die Vereinfachung des Verfahrens in Steuerfällen begrüßt werden. Danach soll der Steuerpflichtige möglichst nur noch eine einzige Steuererklärung abzugeben haben und dementsprechend auch nur einen einzigen Steuerbescheid vom Finanzamt empfangen. Wenn dieser Bescheid ein endgültiger bleibt, so würde das in der Regel dazu führen, daß einmal die langwierigen Auseinandersetzungen mit dem Steuerzahler, der sich für zu hoch eingeschätzt hält, und dem Finanzamt erheblich eingeschränkt werden. Die als besonders unerträglich empfundenen Nacherschätzungen würden fortfallen und damit eine breite Masse von Unsicherheit aus dem Steuerverfahren ausgeschaltet werden. Vielleicht würde dann auch die gewaltige Summe der Steuerrückstände, die keineswegs immer aus Zahlungsunfähigkeit beruhen, sondern häufig ihren Grund in der Unsicherheit haben, auf ein erträglicheres Maß zurückgeführt werden können. Diese Steuerrückstände überschreiten jetzt nämlich immer noch eine halbe Milliarde, wenn sie auch etwas zurückgegangen sind gegenüber den Zahlen, die Reichsfinanzminister Dr. Köhler in seiner ersten Rede vor dem Reichstag noch zu nennen genötigt war.

Ein weiteres Ziel, das mit der Vereinfachung und Vereinfachung der Steuerverwaltung erreicht werden soll, ist eine dadurch vielleicht möglich werdende Steuerermäßigung in allen den Fällen, wo bisher ein allzu hartes Ansehen der Steuerbehörde erfolgt ist. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die jetzigen Regierungsparteien und das Reichskabinett die Absicht haben, spätestens um die Jahreswende eine solche Steuerermäßigung herbeizuführen, und zwar so weitgehend, als die finanzielle Lage des Reiches es nur irgend gestattet wird. Voraussetzung dabei ist natürlich, daß sich die Steuerverwaltung reformiert, die den Reichstag sehr bald beschäftigen wird, bis dahin in dem erhofften Sinne ausgewirkt hat.

Ehrlichkeit in der Finanzpolitik.

Seit einiger Zeit werden Gerüchte laut, die Reparationskommission habe sich nach einem Referat des Generalagenten für die Reparationszahlungen Parker Gilbert abfällig über die von Deutschland während der letzten Jahre getriebene Finanzpolitik geäußert. Der nächste Zwischenbericht des Generalagenten ist erst Ende dieses Monats zu erwarten. Aber es ist durchaus möglich, daß Parker Gilbert jetzt schon mit der Reparationskommission über die wichtigsten Abschnitte seines Berichts spricht. Wir müssen zugeben, daß es für einen Ausländer nicht leicht ist, sich ein zutreffendes Bild von den deutschen Finanzen zu machen. In den Jahren 1924 und 1925 ist eine rücksichtslose Steueranlassungspolitik getrieben worden; im Jahre 1926 hat man eine nicht unbeträchtliche Ermäßigung der Steuerlast eintreten lassen und 1927 wird wieder mit Hängen und Würgen ein dazu noch recht fragwürdiges Gleichgewicht im öffentlichen Haushalt erreicht. Wenn das Ausland sich die

Die russische Protestnote an England

Moskau stellt Schadenersatzanspruch

Nachspiel zu den Hausdurchsuchungen in der Arcos. Die Moskauer Regierung hat dem mündlichen Protest gegen die Durchsuchung in der Arcos eine geharnischte schriftliche Protestnote folgen lassen, die dem vorläufigen britischen Geschäftsträger in Moskau übergeben worden ist. In dieser Note wird Erwähnung gemacht der Verletzung des Handelsabkommens von 1925 eingeleitet, die nach Ansicht der russischen Regierung in dem Abfall der englischen Polizei auf die Räume der Sowjet-Handelsdelegation in London, sowie in der Durchsuchung und Entwertung von Dokumenten der Delegation aus den Räumen der Arcos zum Ausdruck gekommen ist.

In der Protestnote geht die russische Regierung auch zum Angriff gegen England über, indem sie kategorisch erklärt, daß die Fortsetzung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Mächten nur unter der Bedingung genauer Erfüllung des Handelsabkommens durch die englische Regierung und der Garantie ruhiger, sachgemäßer Arbeit der wirtschaftlichen Organe der Sowjetunion möglich ist. Ausland verlangt von Großbritannien eine klare und unzweideutige Antwort dazu, daß die Durchführung der Handelsoperationen nicht in Zusammenhang mit zufälligen innenparteilichen Kombinationen in England, Wahlmanövern oder phantastischen Voraussetzungen irgendeines Ministers gebracht wird. Zum Schluß behält sich die russische Regierung vor, wegen der Verletzung vertraglicher Verpflichtungen, der der Sowjetregierung zugesügten Beleidigung und der durch polizeiliche Handlungen zugefügten materiellen Schäden von England Genugtuung zu verlangen.

Das Londoner Dokument.

Im Zusammenhang mit den Durchsuchungen bei der Arcos in London wird behauptet, das Dokument, nach dem die englische Polizei so eifrig gefahndet habe, sei ein englisch-französischer Aufmarschplan gegen Deutschland gewesen, für den Fall von kriegerischen Verwicklungen im Osten. Man kennt den Ursprung dieser Gerüchte nicht, denen gegenüber äußerste Vorsicht geboten ist, da es sich möglicherweise um ein Mandat handelt, das die deutsche auswärtige Politik im Interesse der Sowjetorientierung beeinflussen soll.

Die Schäden in der Arcos.

Die Arcos hat ihre geschäftliche Tätigkeit wieder aufgenommen, nachdem die polizeiliche Durchsuchung beendet worden war. Ihre erste Aufgabe sah sie darin, den bei der Durchsuchung der englischen Polizei angerichteten Schäden festzustellen. Sobald die Höhe des Schadens festgestellt wird, wird die Sowjetbotschaft eine Erklärung veröffentlichen.

Schweres Straßenbahnunglück in Kassel

10 Tote — 19 Schwerverletzte. Kassel, 18. Mai. Wie die Kasseler Post meldet, hat sich heute abend in Kassel-Wilhelmshöhe ein furchtbares Straßenbahnunglück ereignet. Ein Wagen der großen Pöfeler Straßenbahn, der am Ende der abschüssigen Fürstenstraße hielt, geriet dadurch ins Rollen, daß ein Anabe die Handbremse lödete, während der Wagenführer sich vom Wagen entfernt hatte. In der Kurve zur Drabantler Straße entgleiste der Wagen und schlug um. Bei dem Unglück sind 10 Tote und 19 Schwerverletzte zu beklagen. Die Leichen sind bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert.

Aus Kassel. Nach halbomlicher Darstellung spielte sich das furchtbare Straßenbahnunglück in Kassel folgendermaßen ab: Ein Hauptwagen, der von 35—40 Personen besetzt war, stand im Gleise. Die beiden Schaffner hatten für einen Augenblick den Wagen verlassen, als eine Person die Kupplung des 200 Zentner schweren Wagens löste. Der Motorwagen raste daraufhin mit einer Stundengeschwindigkeit von 100 Kilometern die sehr steile Straße hinab. In einer Straßenkreuzung schlug der Wagen um und raste dann noch 6 Meter weiter. Plötzlich hörten die Straßenpassanten aus einer dichten Staubwolke Schreie und Hilferufe. Der stark demolierte Wagen stand Kopf auf das Signal: „Groß-Alarm“ waren alle Sanitäts- u. Hilfsmannschaften Kassels nach wenigen Minuten an der Unfallstelle. Nach langer Arbeit konnten 9 Tote und 18 Schwerverletzte geborgen werden. Von den inzwischen identifizierten Leichen konnten die Person des in Hessen sehr bekannten Lustigroses Rintels festgestellt werden. Ebenfalls ein Kasseler Amtsgerichtsrat und seine Ehefrau. Heute wurden 50 Personen darüber vernommen, ob die Bremskupplung in verbotlicher Weise gelöst worden ist. In Kassel herrscht Stadttauer.

Schwere Explosionskatastrophe in einer amerikanischen Schule

New York, 18. Mai. In einer Schule bei Lansing (Michigan) ereignete sich aus noch unbekannter Ursache ein furchtbares Explosionsunglück. 75 Kinder wurden getötet.

Zwei Flaschenposten vom „Weißen Vogel“ gefunden.

Paris, 18. Mai. Nach einer Hörsendung aus Calmeuth, einem kleineren Hafen im Süden von Cornwall, ist heute früh in einiger Entfernung von der Landung von Cornwall eine Flasche mit folgender Botschaft aufgefunden worden: „Genau 75 Meilen von Irland entfernt, Schwereigentum des Motors. Rungesser.“ Andererseits meldet das Journal von Pas de Calais eine Flaschenaufindung, die folgende Botschaft enthält: „12. Mai 1927. Sind ohne Lebensmittel. Allen ein Wiedersehen. Rungesser, Coff.“

Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz.

Internationale Förderung der Rationalisierung. Auf der Genfer Wirtschaftskonferenz haben sich alle Vertreter für die Rationalisierung, d. h. die sparsamste und zweckmäßigste Ausnutzung der Betriebe, ausgesprochen. Dazu wurde eine Entschließung angenommen, die u. a. für die Serienprodukte (Warenartikel) eintritt, da sie sich billiger herstellen lassen als Spezialmodelle. Der Zwischenhandel soll fernerhin mehr eingeschränkt, die Warenverteilung vereinfacht werden, unnötige Transporte hingegen sollen wegsfallen. Der Verbraucher wird, wenn diese Bestrebungen erfolgreich durchgeführt werden, eine Verbilligung und Verbesserung aller Waren, besonders der Verbrauchsgüter, als Frucht des Rationalisierungsprozesses bemerken. Ob dieses Vorhaben allerdings bald gelingen wird, ist eine andere Frage. Nebenfalls ist die Einmütigkeit der europäischen Wirtschaftsführer zu begrüßen.

Regierungsjubiläum des Königs von Spanien.

Das abgelehnte Goldene Vlies. König Alfons XIII. von Spanien begeht jetzt sein 25jähriges Regierungsjubiläum. Eingeleitet wurden die Jubiläumstreffen mit einem Gottesdienst, an dem die königliche Familie, die Regierung und zahlreiche andere hervorragende Persönlichkeiten teilnahmen. Die aus den spanischen Provinzen und aus dem Ausland eingetroffenen Glückwünsche zählten nach Tausenden. U. a. telegraphierte Reichsminister Dr. Marx, daß das deutsche Volk besonders dankbar für die Tätigkeit des Königs in der Gefangenenerlöse im Weltkrieg sei. Die spanischen Blätter widmen dem 25jährigen Regierungsjubiläum Alfons XIII.